

ma bei, das in Zichenau alltägliche Willkürakte von deutschen Behördenvertretern, Polizisten und ‚Volksdeutschen‘ an Polen ermöglichte – bis hin zu nicht autorisierten Erschießungen, ‚wilden‘ Deportationen und Mord“ (S. 218). Nonn kommt zu dem Schluss, Schieder habe sich insofern „an der menschenverachtenden und mörderischen NS-Politik beteiligt“, als er daran mitwirkte, eine „Mentalität“ zu schaffen, die gegenüber den Einheimischen „eine solche Politik legitimierte und radikalisierte“ (S. 219).

Zeitlich weiter zurückgehend untersucht Stefan Lehr die Einschränkungen für polnische Forscher bei der Archivnutzung in preußischen Staatsarchiven 1928-1939, die dazu dienen sollten, „nicht geeignete Quellen Benutzern des Nachbarlandes vorzuenthalten“. In „der Ostforschung engagierte Kollegen“ waren demnach „überzeugt, einen wichtigen nationalen Dienst zu leisten, indem sie polnischen Historikern die Akteneinsicht versagten, erschwerten oder bestimmte Archivalien vor ihnen verbargen“ (S. 240 f.). Im Anhang sind Lehrs Aufsatz zwei Tabellen beigegeben, die detailliert über Anträge von Polen an preußische und andere deutsche Archive und über Anträge von Deutschen an polnische Archive informieren.

Martin Munk e wendet sich der Publikationsstelle Berlin-Dahlem zu, die im NS-Staat unter der Führung von Johannes Papritz (1898-1992) gewissermaßen die Denkfabrik der archivarischen „Ostforschung“ war. Papritz, der 1949 Staatsarchivrat am Staatsarchiv Marburg und 1954 als Nachfolger von Ludwig Dehio dessen Direktor wurde, verkörperte die Kontinuität der „Ostforschung“ im deutschen Archivwesen und darüber hinaus: Er wirkte am Aufbau des Johann-Gottfried-Herder-Instituts mit und war selbst Vizepräsident des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats. Das maßgeblich vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanzierte Institut gab von 1952 an die *Zeitschrift für Ostforschung* heraus, in den 1950er und 1960er Jahren übernahm die Institutsbibliothek einen Teil der Bestände der aus Berlin einst ausgelagerten Büchersammlung der Publikationsstelle.

Der solide gearbeitete Tagungsband ist mit Orts- und Personenregister ausgestattet und enthält nur wenige Mängel, darunter den falschen Vornamen „Ernst“ für Hans Pfundtner (1881-1945), den Staatssekretär im Reichsinnenministerium, die Datierung von Brackmanns Dissertation in das Jahr 1998 (statt 1898) und die Gleichsetzung der Teilungen Polens mit „polnischen Teilungen“ (S. 21, 30, 41)

Die Frage nach der nationalsozialistischen Durchdringung des Archivwesens vermag der Sammelband nicht abschließend zu klären. Dies wäre vielmehr Aufgabe der Geschichtswissenschaft, die einzelne Aspekte durchaus vertiefend betrachten könnte. Dabei würden sich kollektivbiografische Ansätze oder organisatorische Bezugspunkte anbieten – bis hin zur Tätigkeit der emsigen Historischen Kommissionen in jenen Landesteilen, die die preußischen Ostprovinzen bildeten.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

**Kunstgeschichte in den besetzten Gebieten 1939-1945.** Hrsg. von Magdalena Buschart, Agnieszka Gąsior und Alena Janatková. (Brüche und Kontinuitäten, Bd. 2.) Böhlau Verlag. Köln u. a. 2016. 327 S., Ill. ISBN 978-3-412-50168-6. (€ 39,90.)

Untersuchungen zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege in der Zeit des Nationalsozialismus konzentrierten sich bisher weitgehend auf Entwicklungen im Deutschen Reich. Wenn aber der Blick auf Staaten gerichtet wurde, die ab 1939 schrittweise annektiert oder besetzt wurden, überwog stets das Interesse für die dann dort agierenden deutschen Institutionen und Akteure. Der vorliegende Sammelband erweitert diese Perspektive wesentlich. Er ging aus einer internationalen Tagung, die 2012 in Berlin im Ergebnis einer Kooperation zwischen dem Fachgebiet Kunstgeschichte der Technischen Universität Berlin und dem Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig stattfand, hervor. Hier nun werden nahezu sämtliche durch die Deutschen besetzten europäischen Gebiete als Orte komplexer diskursiver, institutioneller und personeller sowie – im denkmalpflegerischen Bereich – praktisch-technischer Konstel-

lationen und Entscheidungen erforscht, die durch die Besetzten und Besatzer gleichermaßen gestalten wurden. Das Interesse der vierzehn Beiträge gilt sowohl den vor Ort etablierten lokalen „Kunstgeschichten“, die unter den Bedingungen der Besetzung und den damit einhergehenden Beschränkungen weiterarbeiteten, als auch der politisch und ideologisch bestimmten „Kunstgeschichten“ der Besatzer. Die beiden Seiten werden sowohl in ihren jeweiligen eigenständigen Bemühungen und Tätigkeiten als auch in ihrer wechselseitigen und spannungsvollen Zusammenarbeit erörtert.

Das Themenspektrum des Bandes ist breit und vielfältig. Es umfasst die Denkmalpflege, den Kunstschutz, die Museums- und Ausstellungspolitik und Aktivitäten der universitären Institutionen ebenso wie kunsthistorische Diskurse und die Rolle der Kunsthistoriker als Autoren von Expertisen, Publikationen und Vorträgen, sei es im Dienste der Politik und Kulturpropaganda der Besatzungsmacht oder als Mittel des Widerstandes und der Selbstbehauptung auf Seiten der Besetzten. Das Nebeneinander von Beiträgen zu Ländern in West-, Süd-, Nord- und Osteuropa macht die unterschiedlichen Voraussetzungen und Sachlagen, mit denen sich die jeweilige lokale und die deutsche Kunstgeschichte auseinandersetzen hatten, sowie das hierdurch geprägte, jeweils besondere Verhältnis deutlich. Die Erklärung für die auf diese Weise sichtbar werdenden Differenzen zwischen den einzelnen Ländern liegt vordergründig in den Zielen, wie sie von den Vertretern des Deutschen Reiches im Hinblick auf das jeweilige besetzte Land generell formuliert sowie mit entsprechenden Strukturen umgesetzt wurden.

Die Beiträge zu Belgien und Holland auf der einen und zu osteuropäischen Ländern auf der anderen Seite machen diese Unterschiede erkennbar. Das besetzte Belgien und Holland (Aufsätze von Christina Kott und Marieke Kuipers) zeigen sich als Schauplätze diverser Formen von Konfrontation und Kooperation im Bereich der Denkmalpflege und des Kunstschutzes. Als prägender Faktor wirkte sich dabei die Tatsache aus, dass die vorhandenen nationalen Institutionen für beide Bereiche zuständig blieben und bis zu einem gewissen Grad von der deutschen Militärverwaltung unabhängig agieren konnten. Den Widerstand gegen die durch die Okkupation geschaffene Zwangslage begleitete die Bereitschaft, in Deutschland entwickelte Ideen aufzunehmen; deutsche Experten wiederum erkannten in der Auseinandersetzung mit zerstörten Städten und Denkmälern ein fachliches Experimentierfeld.

Die Lage in den ost- und ostmitteleuropäischen Ländern, denen im Buch viel Raum gewährt wird, stellte sich grundsätzlich anders, aber nicht einheitlich dar. Sämtliche auf den Osten Europas ausgerichtete Aktivitäten deutscher Institutionen und Akteure hatten unmissverständlich zum Ziel, die Politik der nationalsozialistischen Expansion zu legitimieren und die historische Rechtmäßigkeit des Anspruchs auf die besetzten bzw. eroberten Gebiete – bis zur Krim – zu beweisen. Die Beiträge des Sammelbandes liefern zu diesen historischen Vorgängen eine Fülle von Perspektiven und Ansätzen. Es werden wissenschaftlich gemeinte Diskurse behandelt (Robert Born über Hermann Phleps und dessen politische Förderer; Juliane Marquard-Twarowski über Dagobert Frey), die vielseitigen Aufgaben neuer Institutionen, wie sie in den dem Reich eingegliederten Teilen Polens eingerichtet wurden, erörtert (Sabine Arend über das Kunstgeschichtliche Seminar der Reichsuniversität Posen und dessen Leiter Otto Kletzl) und es wird die Museumspolitik der Deutschen in Prag nach 1939 mit Blick auf Personal, Bestände und Exposition untersucht (Alena Janátková). Die Aufsätze über die im Jahr 1941 veranstaltete Propagandaexposition „Deutsche Größe“ in Prag (Volker Mohn) und über die Tätigkeit Karl Hans Essers in Baltikum (Jens Hoppe) verdeutlichen die Rolle der mit dem nationalsozialistischen Machtapparat verbundenen, insbesondere der von Alfred Rosenberg geleiteten Organisationen und Einrichtungen.

Die Handlungsspielräume der lokalen Kunsthistoriker gestalteten sich unterschiedlich. Die bereits erwähnte Untersuchung von Janátková thematisiert u. a. die prekäre Lage der tschechischen Fachkräfte (Josef Cibulka), die zwischen Widerstand und Anpassung taktieren mussten. Auf bisher kaum bekannte Verhältnisse in Litauen macht Giedrė Jankevi-

„iütê aufmerksam. Sie widmet sich der vergleichsweise kurzen Phase in der komplexen, ja dramatischen Biografie des in München bei Wilhelm Pinder ausgebildeten Mikalojus Vorobjovas, der während der deutschen Okkupation in Litauen durch die Besatzer gefördert wurde. Für Polen hingegen lässt sich eine entschiedenerere Trennung zwischen den Welten der Besatzer und der Besetzten beobachten. So stellt Agnieszka Gąsior in ihrem Beitrag dem ausschließlich mit deutschen Wissenschaftlern besetzten Institut für deutsche Ostarbeit in Krakau die Untergrundtätigkeit polnischer Fachleute als Forscher, Lehrer und Denkmalpfleger gegenüber. Unterschiedlich hierzu stellte sich die Situation in Schweden dar, das seine staatliche Unabhängigkeit wahren konnte. Inga Lena Ångström Grandin stellt das Werk des Kunsthistorikers Andreas Lindblom als dessen „private war“ gegen die Vereinnahmung der schwedischen Kunst durch die „große deutsche Kultur“ vor. Die Erörterung der Verhältnisse in Italien vor und während der Okkupation (Christian Fuhrmeister, Almut Goldhahn) sowie ein Beitrag zu Wilhelm Pinders Tätigkeit als Vortragender im Dienste der Kulturpropaganda im Ausland (Magdalena Bushart) bereichern das Buch wesentlich.

Der besondere Wert des Sammelbandes liegt darin, dass der Gegenstand der Kunstgeschichte in den besetzten Ländern aus der Perspektive verschiedener Länder und vor einem europäischen Hintergrund in Augenschein genommen wird und dabei die Interdependenzen zwischen deutschen und den jeweiligen lokalen Kunstgeschichten ergründet werden. Die bis nicht ausreichend wahrgenommene Bedeutung dieser Problematik wird anschaulich vorgeführt, und es werden Anstöße gegeben, diese in einer transnationalen Perspektive zu erforschen. Gleichwohl macht sich im Band auch eine Diskrepanz bemerkbar. Diese besteht zwischen den mustergültigen Studien des Bandes, die sich der komplexen Methoden wissenschaftshistorischer NS-Forschung bedienen und zumeist die deutsche Seite der Geschichte reflektieren, und Defiziten, wie sie sich leider in der Erforschung der jeweiligen lokalen Kunstgeschichten in den besetzten Ländern zeigen. Die vorgelegte Publikation wird hoffentlich als Ansporn wirken, erweiternde und tiefgreifende Untersuchungen dieses noch vernachlässigten Forschungsfeldes in Angriff zu nehmen.

Poznań

Adam S. Labuda

**John J. Kulczycki: *Belonging to the Nation.*** Inclusion and Exclusion in the German-Polish Borderlands 1939-1951. Harvard University Press. Cambridge/MA – London 2016. 402 S., Kt. ISBN 978-0-674-65978-0. (\$ 49,95.)

Diese Monografie untersucht die Bemühungen zweier unterschiedlicher Regimes, des nationalsozialistischen und des volkspolnischen, zwischen Deutschen und Polen in den von ihnen gemeinsam bewohnten „Grenzländern“ zu unterscheiden. Als solche Grenzländer versteht John Kulczycki die vom Dritten Reich annektierten Teile Polens sowie (nach 1945) die ehemals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße. Im ersten Kapitel analysiert er die deutsche Politik im besetzten Polen, mit besonderem Augenmerk auf die Anwendung der Deutschen Volksliste (DVL) mit ihren vier Kategorien, um möglichst viele Bewohner dieses Gebiets als mehr oder weniger „volksdeutsch“ bezeichnen zu können. Aber der Schwerpunkt dieser Studie (90 Prozent des Textumfangs) liegt auf der Zeit nach 1945 und befasst sich vor allem mit dem Problem der ca. zwei Millionen „Autochthonen“, d. h. deutschen Staatsbürger „slawischer Ethnizität“ (vor allem Oberschlesier und Masuren). Da diese die Aneignung sonst deutschen Territoriums zumindest teilweise legitimieren sollten, wollte die neue polnische Regierung sie im Land behalten. Sie versuchte die Autochthonen durch einen Prozess der Verifizierung ihres angeblich ursprünglichen und echten Polentums in die eigene Nation einzureihen, obwohl sich jene vorher größtenteils wie Deutsche (wenn nicht sogar als Nazis) benommen hatten. Letztendlich ist dieser Versuch gescheitert: zum einen, weil die polnischen Neuansiedler, aber auch viele Beamte, nach der brutalen Besatzung selten geneigt waren, solche Personen als Landsleute zu akzeptieren, auch wenn es die polnische Staatsräson befahl; zum anderen, weil allzu